

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke

Wohnraumrückgewinnungsprogramm: Wohnraum für besondere Bedarfsgruppen rückgewinnen und verfügbar machen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

- die Bezirke finanziell in die Lage zu versetzen, leerstehenden Wohnraum beschlagnahmen bzw. selbst anmieten zu können, um ihn Personen mit besonderem Wohnbedarf und von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen zur Verfügung zu stellen;
- die ggf. erforderliche Klärung bzw. Ergänzung von Rechtsgrundlagen für ein solches Vorgehen zügig vorzunehmen;
- die Bezirke dabei zu unterstützen, eine Leerstandsbeobachtung von Wohnraum aufzubauen und kontinuierlich zu führen sowie selbst ein stadtweites Monitoring zu etablieren;
- mit der berlinovo eine Vereinbarung darüber abzuschließen, dass leerstehende und freiwerdende Appartements oder Wohnungen den Bezirken sowie der Berliner Unterbringungsleitstelle/Flüchtlingsmanagement zur Unterbringung anzubieten sind;
- mit großen privaten Wohnungsunternehmen und den Verbänden der Wohnungswirtschaft Gespräche aufzunehmen, um Vereinbarungen zur Bereitstellung von Kontingenten zur Unterbringung abzuschließen;
- die mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften bestehende Kooperationsvereinbarung „Wohnungen für Flüchtlinge“ mit deutlich erhöhten Kontingenten neu abzuschließen und deren Einhaltung zu kontrollieren.

Begründung:

Geflüchtete Menschen und Menschen mit besonderem Wohnbedarf und geringem Einkommen stehen bei der Wohnungssuche zunehmend vor unlösbaren Problemen.

Vor diesem Hintergrund ist es dringend erforderlich, dass Senat und Bezirke alle Anstrengungen unternehmen, zusätzlichen Wohnraum zu mobilisieren. Dafür kommt der Erfassung und Bekämpfung von Wohnungsleerstand eine Schlüsselrolle zu. Ob dieser auf Spekulations- oder anderen Gründen beruht, ist dabei unerheblich.

Die mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften bestehende Kooperationsvereinbarung „Wohnungen für Flüchtlinge“ muss den aktuellen Erfordernissen angepasst und besser umgesetzt werden. Die von der berlinovo bewirtschafteten Wohnungen und Appartements müssen in die Wohnraumversorgung einbezogen werden. Auch große private Wohnungsunternehmen wie die Deutsche Wohnen und Vonovia (ehemals Deutsche Annington) müssen vom Senat aktiv in die Pflicht genommen werden.

Es ist von höchster Dringlichkeit, dass noch vor Beginn der kalten Jahreszeit im Herbst dieses Jahres zusätzlicher Wohnraum in erheblichem Umfang mobilisiert wird.

Berlin, den 29. September 2015

U. Wolf Lompscher Breitenbach
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke